

Bundeswehr: Kaum „Ortskräfte“ unter den geretteten Afghanen



Von MANFRED W. BLACK | Vor allem mit A400M-Flugzeugen der Bundesluftwaffe flogen deutsche Soldaten viele Menschen von Afghanistan nach Deutschland. Nun ist bekannt geworden: Unter den „geretteten“ Afghanen „waren kaum Ortskräfte“ (Bild-Zeitung).

Nach eigenen Angaben hat die Bundeswehr seit dem Fall von Kabul mehr als 4000 afghanische Staatsangehörige ausgeflogen. Jetzt hat die Bild-Zeitung erfahren, dass davon nur ein Bruchteil tatsächlich „Ortskräfte“ sind, die für die Bundeswehr und andere Organe der Deutschen tätig waren und seit dem Siegeszug der Taliban wohl in Gefahr schweben, weil fanatische „Kämpfer“ des IS und der Taliban solchen „Kollaborateuren“ womöglich nach dem Leben trachten.

Bild schreibt, sie habe aus einer Schaltkonferenz zwischen Innenministerium, Auswärtigem Amt und weiteren Behörden erfahren, dass bis zum Donnerstag von knapp 3600 Afghanen, die seit dem 17. August ausgeflogen worden sind, nur rund 100 Personen echte Ortskräfte gewesen seien, die rund 370 Familienangehörige mit auf den Flug genommen hätten.

Lügt die Bundesregierung?

Eine brisante Nachricht. Denn noch am Mittwoch hatte das Auswärtige Amt erklärt, unter den ausgeflogenen Afghanen befände sich „eine beträchtliche Anzahl ehemaliger Ortskräfte“.

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hatte ebenfalls verkündet, die Regierung wolle dafür Sorge tragen, dass „vor allem“ afghanische Ortskräfte nach Deutschland gebracht werden.

„Dieses Vorhaben ist gescheitert“. Nach Informationen der Bild-Zeitung haben bisher insgesamt über 13.000 Ortskräfte und ihre Familienangehörige eine Aufnahmezusage der Bundesregierung erhalten. In den vergangenen Monaten sind nur rund 3000 von ihnen bei der Evakuierungsmission der Bundeswehr nach Deutschland gebracht worden.

Aus diesen Hinweisen kann man schließen, dass jetzt auch wieder aus Afghanistan massenhaft „Flüchtlinge“ nach Westeuropa kommen, die – wie gewohnt – in der großen Mehrheit zwar mit modernen Handys reisen, aber ohne gültige Papiere.

Aus gewöhnlich gut informierten Kreisen heißt es, dass die Afghanen, die es auf dem Flugplatz von Kabul bis an die Transportmaschinen der Bundesluftwaffe geschafft hatten, grundsätzlich nicht genau auf ihre Identität kontrolliert worden sind. Repräsentanten der Bundesregierung ließen verlautbaren, solche präzisen Überprüfungen erfolgten erst nach der Landung in Deutschland.

Abgelehnte „Asylbewerber“ werden in aller Regel nicht abgeschoben

Anders formuliert: Auch bei diesen vielen „Geflüchteten“ könnte zwar vielfach festgestellt werden, dass es keinen echten Asylgrund gibt. Aber erst nach Ankunft in der Bundesrepublik.

Doch in diesen Fällen greift die offizielle Regelung, dass „abgelehnte Asylbewerber“ durchweg hier „geduldet“ werden. Damit ist der Zugang ebenfalls von afghanischen Wirtschaftsflüchtlingen in den deutschen Sozialstaat praktisch unbegrenzt „gesichert“.

In manchen Zeitungen war zu lesen, dass sich nach dem

Siegeszug der Taliban bereits etwa 100.000 Afghanen auf den Weg nach Westeuropa gemacht haben. Bevorzugtes Ziel ist Deutschland, das mit den höchsten Sozialleistungen – einschließlich von Gratis-Wohnungen und –Häusern winkt.

Bisher ist noch keine Stimme aus Kreisen der Bundesregierung zu hören gewesen, die gesagt hätte, dass die muslimischen „Flüchtenden“ doch am besten aufgehoben wären in einem anderen muslimisch geprägten Land, das weder von den Taliban noch vom IS regiert wird. Bis heute hat auch noch kein deutscher Minister ernsthaft erklärt, dass die zu erwartenden, neuerlichen Massen-„Flüchtlings“-Wellen aus dem Orient zumindest gerecht auf die 27 Staaten der EU aufgeteilt werden sollten.

Vielmehr ist zu befürchten, dass das Gros der „Schutzsuchenden“ den Weg in die Bundesrepublik finden wird und dass der Steuerzahler hierzulande auch diese riesigen Kosten auf Dauer klaglos zu schultern hat.

Ferner ist wohl auch davon auszugehen, dass viele der hier gelandeten „Geflüchteten“ nach einiger Zeit daran arbeiten werden, über den sogenannten „Familiennachzug“ noch weitere Zehntausende ihrer Stammesbrüder nach Deutschland zu holen.